

## **Beschlussvorschlag:**

Der Sozialausschuss nimmt den Bericht der Verwaltung zur Kenntnis.

## **Erläuterungen und Begründungen:**

Seit dem Jahr 2011 existiert in Hilden der „Runde Tisch gegen Extremismus“. An ihm kommen - unter dem Vorsitz der Bürgermeisterin - Vertreterinnen und Vertreter aus verschiedenen Bereichen der Verwaltung, der Vorsitzende des Integrationsrates und seine Stellvertreter und die Vorsitzenden und die Imame der drei Hildener Moscheegemeinden zusammen.

In den letzten Jahren wurde der Integrationsrat immer wieder über die Arbeit des Runden Tisches informiert. Dies geschah mit den Sitzungsvorlagen

WP 09-14 SV 50/034 (2011), WP 09-14 SV 50/070 (2012), WP 14-20 SV 50/007 (2014).

Am 19.03.2015 fand die letzte Sitzung des Runden Tisches gegen Extremismus statt, die durch einen Arbeitskreis am 04.03.2015 vorbereitet worden war. Auch dem Arbeitskreis gehörten Vertreterinnen und Vertreter der Verwaltung, des Integrationsrates und der Moscheegemeinden an.

Gastgeber für die Sitzungen des Arbeitskreises und des Runden Tisches war das Islamisch-Marokkanische Kulturzentrum an der Tellerlingstraße.

Frau Bürgermeisterin Alkenings machte in ihrem ersten Wortbeitrag in der Sitzung den Stellenwert des Runden Tisches deutlich:

Zwar gibt es in Hilden derzeit kein akutes Problem mit Extremismus oder Terrorismus – gerade deshalb gehe es aber darum, dass Kinder und Jugendliche nicht „verloren“ gehen, nicht in die Hände von Sekten, Islamisten oder Rechtsextremisten fielen.

Diese Ziele wurden von allen Anwesenden gleichermaßen gesehen. Auch die Moscheegemeinden betonten, dass man dort in Sorge über Jugendliche ist, die sich abkapselten. Denjenigen Jugendlichen, die in den Moscheegemeinden verkehren, steht dort eine Palette an Informations- und Freizeitangeboten zur Verfügung.

Gefährdet seien eher isolierte Jugendliche, die ihr „Wissen“ fast ausschließlich aus dem Internet beziehen.

Um eine solche Isolation zu verhindern, planen die Stadtverwaltung und die Moscheegemeinden ihre Kooperation auszubauen und die Schulen miteinzubeziehen.

Der interkulturelle Berater der Stadt, Mohammed Assila, wird diesen Prozess maßgeblich initiieren und gestalten.

Die Tatsache, dass es nun in Nordrhein-Westfalen eine gesetzliche Grundlage für islamischen Religionsunterricht an Schulen gibt, wurde von allen Anwesenden begrüßt.

Der Beigeordnete Gatzke erklärte, dass Eltern einen entsprechenden Wunsch zur Einführung eines solchen Unterrichtsfaches direkt bei den Schulen äußern müssten.

In der Sitzung wurde außerdem über Themen wie „muslimische Seelsorge“, „Andachtsraum im Krankenhaus“ und „Essen an Schulen“ gesprochen.

Ein zentraler Tagesordnungspunkt war die Erneuerung einer gemeinsamen Erklärung, die bereits im Jahr 2011 vom Runden Tisch verabschiedet worden war. Herr Wobisch verdeutlichte welcher Nutzen von einer solchen Botschaft an die Öffentlichkeit ausgehe. Die „Erklärung der Teilnehmerinnen und Teilnehmer des Runden Tisches“ ist dieser Sitzungsvorlage als **Anlage** beigefügt.

Die nächste Sitzung des Runden Tisches wird im Jahr 2016 stattfinden.

gez. Birgit Alkenings